

Kriege darf kein Mittel der Politik sein! Friedlich sein bedeutet auch Frieden vorzubereiten!

„Diese verhängnisvollste Entscheidung [gemeint ist die NATO-Osterweiterung] lässt befürchten, dass naitonalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in Russland entfacht werden könnten. Sie könnte einen schädlichen Einfluss auf die Entwicklung der Demokratie in Russland haben, wieder zu einer Atmosphäre wie im Kalten Krieg führen und die russische Außenpolitik in eine Richtung lenken, die uns sehr misfallen wird“.

- George F. Kennan (Ex-Planungschef des US-Außenministeriums), in The New York Times Feb. 5, 1997¹.

Unsere allgemeine Haltung geht von den friedenspolitischen Grundsätzen aus. Kriege sind darin die eskalativste Form der Gewaltanwendung, die unmittelbar Leid, Tod und Zerstörung hervorbringen. Diese Art der Politik lehnen wir ab! Wir setzen entgegen den kapitalistischen Wolfsgesetzen auf Zusammenarbeit, Dialog und Kooperation. Deshalb setzen wir uns ein für Frieden, soziale Gleichheit und für die Erhaltung der Natur statt Konkurrenz, Krieg und Umweltzerstörung.

Die aktuelle Bundesregierung bestehend aus SPD, Bündnis90/Grüne & FDP dreht an der Eskalationsspirale weiter und hat im Hauruck-Verfahren 100. Mrd. Euro für die Aufrüstung beschlossen unter tosendem Applaus. Die Antwort der Bundesregierung künftig das 2%-Ziel² der NATO zu übertreffen, ist eine einfältige, eskalative und gewaltvolle Antwort, die samt der militärischen Logik konsequent in Richtung Kriegseintritt führt.

Es gehört mit zum „Nebel des Krieges“ und seinen Mechanismen, dass dieser Krieg überschattet wird von Einseitigkeit, Emotionalisierung und Immunisierung gegen jegliche Kritik, weshalb der Deutsche Journalisten-Verband auch eine Erweiterung des Pressekodex um das Thema Kriegsberichterstattung anregt und deutlich macht weiterhin journalistische

¹ George F. Kennan, A Fateful Error. Ausgabe 5. Februar 1997 der The New York Times. Quelle: <https://www.nytimes.com/1997/02/05/opinion/a-fateful-error.html>

² Das 2%-Ziel der NATO bedeutet, dass 2% des Bruttoinlandsprodukts in Rüstung „investiert“ werden soll. Tagesschau: <https://www.tagesschau.de/inland/verteidigungsausgaben-103.html>

Standards einzuhalten³. Denn die Propagandamaschinerie läuft nämlich auf hochtouren – auf allen Seiten.

Der Fokus auf ein einziges Ereignis (Einmarsch russischer Truppen) zeugt von fehlender Analysefähigkeit. Der Einmarsch ist ein Bruch des Völkerrechts, eine katastrophale Fortführung der Eskalation. Wenn wir diese Eskalationsspirale stoppen wollen, müssen wir die Hintergründe des Konflikts verstehen. Denn Konflikte dieser Art sind weder durch „Werte-Unterschiede“, noch durch das alleinige Tagesgeschehen zu verstehen. Hinter internationalen Konflikten stecken reale Interessen. Diese gilt es für jede Friedensperspektive zu analysieren, um Konflikte verstehen und friedlich beilegen zu können. Wir möchten versuchen einen analytischen Blick auf die Sache zu werfen.

Zeitenwende oder Fortführung der globalen Kriegspolitik von zusätzlichen Akteuren?

Der einstige russische Staatspräsident sprach sich 2001 auf Deutsch (!) im Bundestag für eine tiefe Zusammenarbeit und eine nachhaltige Friedensordnung aus⁴. Nun 21 Jahre später befiehlt derselbe Staatspräsident militärische Truppen in die Ukraine. Wer diesen Kurswechsel verstehen möchte, muss die NATO-Osterweiterung und die NATO-Aggressionen mit regelmäßigen Militärmanövern unweit der russischen Grenzen miteinbeziehen⁵. Die vielen

³ DJV-Bundesvorsitzender Frank Überall: „Im Krieg gilt: Die Wahrheit stirbt zuerst. [...] Der DJV-Vorsitzende erinnert in dem Zusammenhang an den Irak-Krieg, als die US-Truppen mit dem damals neuen Instrument des embedded journalism versucht hätten, die Berichterstattung in ihrem Sinn zu beeinflussen“. Link: <https://www.djv.de/startseite/profil/der-djv/pressebereich-download/pressemittelungen/detail/news-im-pressekodex-regeln>

⁴ YouTube. Rede Putins im Bundestag 2001: <https://www.youtube.com/watch?v=9jyLQmyg9hs>

⁵ Empfehlenswerte Artikel zur NATO-Aggression:

Die Büchse der Pandora. Berlin und Brüssel eskalieren den Machtkampf gegen Russland mit neuen Sanktionen. Moskau kann sich bei seiner Ukrainepolitik auf den Präzedenzfall Kosovo berufen: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8850>

Berliner Zeitung: „Es gibt keine Lösung auf dem Schlachtfeld“. Die Anerkennung von Donezk und Luhansk ist ein Schritt in Richtung Krieg. Sanktionen sind dennoch keine Lösung. Von Reiner Braun, 22.2.2022 <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/es-gibt-keine-loesung-auf-dem-schlachtfeld-li.213240>

Informationsstele für Militarisierung: NATO-Aggression und Russlands Reaktion: Warum sich Russland betrogen und bedroht fühlt – und warum da einiges dran ist: <https://www.imi-online.de/2022/01/24/nato-aggression-und-russlands-reaktion/>

Ex-US-Botschafter in der UdSSR: Die Ukraine-Krise ist eine direkte Folge der NATO-Erweiterung nach dem Kalten Krieg: <https://krass-und-konkret.de/politik-wirtschaft/ex-us-botschafter-in-der-udssr-die-ukraine-krise-ist-eine-direkte-folge-der-nato-erweiterung-nach->

Erweiterungswellen der NATO (1999, 2004, 2009, 2017, 2020) stellen eine immer größer werdende Gefahr für die russische Sicherheit dar⁶. Von den westlichen Nachbarstaaten Russlands am Land gehören inzwischen lediglich Belarus, Finnland und die Ukraine noch nicht zur NATO. Im Gegensatz zur damaligen Sowjetunion hat sich die NATO weder aufgelöst, sondern weiterhin eine sehr lange Serie von Völkerrechtsbrüchen, militärischen Interventionen und Kriege begonnen, wie in Jugoslawien, Irak, Afghanistan, Libyen und Syrien. Die Zerstörung, Traumatisierungen und das Elend werden - leider - noch weit in die Zukunft reichen. Daher ist es schlichtweg falsch von „Zeitenwende“ zu sprechen, da diese Art von völkerrechtlichen Kriegen zur aktuellen Sicherheitsordnung in der Welt und auch in Europa die Regel, weniger die Ausnahme, darstellt – leider.

Der Krieg, der nicht erst in der Nacht zum 24. Februar angefangen hat

„[M]an kann seinen eigenen Standort und seine Handlungen gar nicht verstehen, wenn man nicht die geschichtliche Funktion dessen, was man heute tut, aus dem früheren Geschichtsverlauf und aus dessen Ursachen heraus erklärt. Denn wenn man nur vom Tagesgeschehen beherrscht handelt, handelt man ja nur für die Sekunde, so wie der Unternehmer handelt, der in der Sekunde eben seinen Profit erzeugen muß – er muß es in der kapitalistischen Marktgesellschaft – und sich dann weiterhaspelt und höchstens mittelfristig vorplanen kann“.

- Wolfgang Abendroth - Einführung in die Geschichte der Arbeiterbewegung, Band 1 Von den Anfängen bis 1933, S. 13.

Die russische Regierung hat mit der Anerkennung der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk in der Ostukraine auch gleichzeitig ein Bombardement vorgenommen und damit den Krieg weiter eskaliert. Es ist allerdings ein Mythos des schnelllebigen Tageszeitungskarussells, dass der Krieg erst in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar begonnen habe. Damit wird systematisch ausgeblendet, dass in Donbass seit 2014 etwa 14.000-15.000 Menschen gestorben sind, die meisten in den Volksrepubliken⁷.

[dem-kalten-krieg/](#)

Gregor Gysi. Rede im Bundestag zum Thema „Zurück zu Völkerrecht und Diplomatie“:

https://www.facebook.com/watch/?extid=WA-UNK-UNK-UNK-IO5_GK0T-GK1C&v=480609583769087

⁶ Heise.de. Nato-Aggression und Russlands Reaktion vom 24. Januar 2022. Quelle: <https://www.heise.de/tp/features/Nato-Aggression-und-Russlands-Reaktion-6336014.html>
Wikipedia. Artikel zu: NATO-Osterweiterung. Quelle: <https://de.wikipedia.org/wiki/NATO-Osterweiterung>

⁷ Es herrscht bereits Krieg – fünf Grafiken zum stillen Leid in der Ukraine: <https://www.nzz.ch/international/ukraine-fuenf-grafiken-zum-krieg-im-donbass-ld.1670071>

Doch seit Jahrhunderten sitzt die historisch immer wieder bestätigte Erfahrung des Überfalls vom Westen nach Osten tief. Angefangen bei Napoleon 1812 über den Ersten Weltkrieg und den Zweiten Weltkrieg wurde Russland und die Sowjetunion historisch bisher immer vom Westen überfallen. Als Antifaschist:innen gedenken wir auch den 27 Millionen Toten seitens der Sowjetunion im Kampf gegen den Faschismus⁸. Dieselben Rüstungskonzerne, die schon die Wehrmacht bewaffneten, dürfen nicht heute noch Waffen herstellen, die in diesem Konflikt und weltweit die Zivilbevölkerung treffen⁹. Die Waffenlieferungen würden den Krieg nur verlängern. Deshalb trägt die Bundesregierung auch eine besondere Verantwortung in den Friedensbemühungen, beidseitigem Abrüsten und auch dem Stopp von Rüstungsproduktion.

Ukraine – ein Spielball der Interessen

"The world is no longer really based on the principles of enlightenment and empiricism. We are an empire now, and when we act, we create our own reality, and as you study this reality - judicially as you would - we will act again and create new realities that you can study too and everything will go the same way. We are the actors of history. You, all of you, will remain just to study what we do".

- Karl Rove, stellvertretender Stabschef des Weißen Hauses, Parteistrateg und politischer Berater von George W. Bush

Der Streit um die Ausrichtung der Ukraine wurde auch innenpolitisch geführt. Ab 2010 bis 2014 wurde der pro-russische Oppositionspolitiker Janukowitsch gewählt. Die OSZE beschrieb den Wahlvorgang eine „eindrucksvolle Darstellung demokratischer Wahlen“¹⁰,

⁸ Zahl der Toten nach Staaten im Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1939* bis 1945. Quelle:

<https://www.zeit.de/2007/25/27-Millionen-Tote>

<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Kriegsgeschichte1/sowjets.html>

Anmerkung: Je nach Quellenlage variiert die Zahl der Toten.

⁹ Ausgerechnet Rheinmetall AG zeichnet sich im Vergleich zum letzten Jahr hohe zweistellige Aktienkurs-Gewinne aus. Aus RND vom 28.02.2022: „Am Tag danach kostete die Rheinmetall-Aktie vorbörslich bis zu 180 Euro, das waren knapp 80 Prozent mehr als am Freitagabend“

Quellen: <https://www.rnd.de/wirtschaft/bundeswehr-100-milliarden-euro-kuchen-ruestungsaktien-gehen-durch-die-decke-CP7TJJKPNB2HOG3ZBCOE7AP3Y.html>

[https://yenihayat.de/2022/03/04/mit-aufreuestung-zum-](https://yenihayat.de/2022/03/04/mit-aufreuestung-zum-frieden/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=mit-aufreuestung-zum-frieden)

[frieden/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=mit-aufreuestung-zum-frieden](https://yenihayat.de/2022/03/04/mit-aufreuestung-zum-frieden/?utm_source=rss&utm_medium=rss&utm_campaign=mit-aufreuestung-zum-frieden)

¹⁰ Zeit.de: „Die Wahlleitung in Kiew hat den pro-russischen Oppositionsführer Janukowitsch zum Sieger der Präsidentschaftswahl erklärt. Seine Rivalin Timoschenko wirft ihm Wahlfälschung vor“. Quellen:

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-02/ukraine-wahl-timoschenko-janukowitsch>

<https://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen68.pdf>

während die prowestliche Opposition Wahlfälschung reklamierte und damit auch mitunter später den Putsch im Jahr 2014 mitlegitimiert. Zuvor geriet Janukowitsch innenpolitisch und außenpolitisch stark unter Druck im Zuge der Verhandlungen um ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Diese lehnte die ukrainische Staatsführung unter den gegebenen Bedingungen ab und verlangte weitere Nachverhandlungen. Das Abkommen sah vor sowohl (land-)wirtschaftliche als auch militärische Zusammenarbeit mit der EU zu etablieren¹¹. Auch der IWF war in den Finanzhilfen miteingebunden und verlangte neben den üblichen neoliberalen Privatisierungen und Steuersenkungen auch die subventionierten Gaspreise um 58% zu erhöhen¹². Die ökonomisch stark leidende Ukraine wurde vor die Wahl gestellt, entweder die Beziehungen mit 1. Russland im Rahmen wirtschaftlicher Zusammenarbeit oder 2. der EU und dem Westen zu vertiefen. Ein blockfreies Agieren war trotz der benötigten Hilfen aus Ost & West keine Chance gegeben. Stattdessen hat die EU forciert, dass die Ukraine in der Manier des Kalten Kriegs sich für eine Seite entscheiden müsse¹³. Statt ein blockfreies Land mit Handelsmöglichkeiten nach Osten und Westen zu ermöglichen, wurde die Ukraine von der EU gezwungen eine einseitige Entscheidung zu treffen. Damit wurde das Budapester Memorandum (1994) und die Schlussakte von Helsinki 1991 klar verletzt¹⁴. Dieselbe EU, die heute auf die Souveränität Ukraine hinweist, verstößt seit dem Assoziierungsabkommens ständig gegen dieselben Verträge, wie sie Russland zurecht heute vorwirft.

Nach dem Putsch von Viktor Janukowitsch erklärte die neue, nicht gewählte Regierung in Mitwirkung von Faschisten in Ministerposten¹⁵, Russisch als zweite Amtssprache abzusetzen. Daraufhin kam es zu massiven Protesten in der Ostukraine. Statt diese ebenso als „Proteste für

¹¹ In Artikel 10 des Assoziierungsabkommens wird eine stärkere Zusammenarbeit in Militärübungen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Krisenbewältigung vereinbart: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22014A0529\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22014A0529(01)&from=DE)

¹² Quelle: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article113905484/Ukraine-verspricht-der-EU-rasche-Reformen.html

¹³ „Es ist eine Entweder-oder-Entscheidung“, so Barroso [Ex-EU-Kommissionspräsident]. „Die Ukraine ist ein souveräner Staat und muss selbst entscheiden, mit wem sie ihre Beziehungen vertiefen möchte. Quelle: https://www.welt.de/print/die_welt/politik/article113905484/Ukraine-verspricht-der-EU-rasche-Reformen.html

¹⁴ Quelle: <https://www.dw.com/de/die-vergessenen-garantien-f%C3%BCr-die-ukraine/a-18110670>

¹⁵ Quelle: <https://www.ardmediathek.de/video/panorama/kiew-welche-rolle-spielen-faschisten/das-erste/Y3JpZDovL25kci5kZS83MDQ5N2E0YS02NWJkLTRhOTUtYmMzOC04ZTBkNmY3NTc1OGU> (zuletzt aufgerufen am 18.03.2022)

Anlass für die VVN-BdA einen offenen Brief an den damaligen Außenminister Steinmeier (SPD) zu schreiben: <https://vvn-bda.de/im-andenken-an-den-8-mai-verantwortung-fur-eine-friedliche-losung-in-der-ukraine-ubernehmen/>

die Demokratie“ den russischsprachigen Ukrainern anzuerkennen, wurden die ostukrainischen Demonstranten als „Separatisten“ und „Terroristen“ bezeichnet¹⁶. Die kommunistische Partei wurde später verboten und ihr wurde geheimdienstlich untermauert vorgeworfen gegen die Verfassung agiert zu haben, weil sie die . Es kam zum Mord an 42 Menschen durch Brandanschläge beim Gewerkschaftshaus in Odessa. Viele Menschen starben entweder durch Verbrennungen, Ersticken oder bei dem Versuch aus dem Gewerkschaftshaus zu springen und hinterher mit Baseball-Schläger bewaffneten Nazis totgeprügelt zu werden. Eine Aufklärung dieser Taten bleibt bis heute aus¹⁷.

(Profit-)Interessen statt Menschenrechte?

Mit etwa über 30% der weltweiten Schwarzerde-Vorkommen sind die 32 Mio. Hektar Ackerland in der Ukraine eins der fruchtbarsten Böden der Welt¹⁸. Schon früher galt deshalb die Ukraine als „Kornkammer der Sowjetunion“. Artikel 404 des Assoziierungsabkommens lockert die Regeln für gentechnisch verändertes Saatgut und sehen Erleichterungen für die Agrarindustrie vor. Genauso waren Privatisierungen und Erleichterungen in der Landwirtschaft auch Bedingungen der IWF Kredite¹⁹. Seitdem kaufen US-amerikanische (Cargill & Monsanto, nun Bayer) und europäische Investoren vermehrt Land auf. Die brisante

¹⁶ Quellen: <https://www.heise.de/tp/news/Berlin-Viel-Verstaendnis-fuer-die-ukrainische-Regierung-2184798.html>

Hintergrundinformationen:

https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien6_Ukraine.pdf

¹⁷ von Dr. Eike Fesefeldt vom 02.05.2020 in der Online-Fachzeitschrift Legal Tribune Online: <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/2014-odessa-42-tote-buergerkreig-brand-ukraine-russland-un-europarat-ermittlungen-emrk/>

¹⁸ „Die fruchtbaren Schwarzerdeböden und insgesamt 32 Millionen Hektar Ackerland bieten der Ukraine gute Möglichkeiten für eine starke landwirtschaftliche Entwicklung. So spielt der Agrarsektor mit seinem Anteil von 18 Prozent am BIP auch eine wichtige volkswirtschaftliche Rolle. Mit einem Beitrag von 42 Prozent zum Gesamtexport ist er sogar maßgeblicher Faktor im Handelsbereich – auch aufgrund der Schwäche anderer traditioneller Wirtschaftsbereiche. So arbeitet noch jeder fünfte Beschäftigte in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft“ .

-aus der Website des Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL): <https://www.bmel-kooperationsprogramm.de/projekte/ukraine/>

¹⁹ Mehr dazu:

Monsanto als beispielhafter Profiteur dieser Privatisierungen: <https://seekingalpha.com/article/2951936-monsanto-stands-to-gain-from-ukraine-crisis>

Die Zeit: Wettlauf um die ukrainische Schwarzerde: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2015-03/ukraine-landwirtschaft-schwarzerde-monsanto/komplettansicht>

Anfrage der Linksfraction zu Agrar-Business in der Ukraine:

<https://dserver.bundestag.de/btd/18/039/1803925.pdf>

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: Internationale Agrar-Konzerne wetteifern um fruchtbare „Schwarzerde“ der Ukraine: <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/505503/Internationale-Agrar-Konzerne-wetteifern-um-fruchtbare-Schwarzerde-der-Ukraine>

Oakland Institute: Monsanto in der Ukraine: Hintertür in die EU?: <https://www.oaklandinstitute.org/monsanto-der-ukraine-hintert%C3%BCr-die-eu>

Frage der Nahrungsmittelversorgung im 21. Jahrhundert ist von Profitinteressen nicht verschont, im Gegenteil. Monsanto verdoppelte ihr Team in der Ukraine im Jahr 2014 und wenige Wochen nach dem Putsch von Janukowitsch investierte Monsanto zusätzlich 140 Mio. US-Dollar in neue Samenpflanzen²⁰. Die westlichen Investoren haben ein großes Interesse daran die Ukraine nicht als blockfreier Staat zu akzeptieren, sondern neue Märkte damit zu erschließen. Die Preissteigerungen bei Weizen und Nahrungsmitteln sind ebenso Motivation bei den aktuellen EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine auch die Landwirtschaft miteinzubeziehen. Diese sind, wie am Beispiel des Konzerns Bayer sichtbar, eine der Interessen der EU-Staaten und Investoren.

Analyse statt Hetze – Frieden geht nur mit Russland!

Es ist kein Geheimnis, dass Russland keine antiimperialistische Macht ist, sondern seine Militärmissionen und -kontakte weltweit ausbreitet (Libyen, Westafrika, Südamerika). Eine ökonomisch begründete Imperialismus-Analyse kann nicht darüber hinwegsehen, dass die russische Wirtschaft nicht auf hochtechnologische Produkte basiert wie es in der BRD, USA oder China der Fall ist, sondern eher in Rohstoffen und der Energiewirtschaft. Deshalb gilt es hier die Interessen klarer herauszustellen, die womöglich als Reaktion auf die NATO-Expansion, aber auch weitere Gründe hat. Diese gilt es herauszustellen, um mit dem Versuch eines Interessensausgleichs Frieden zu schaffen.

Doch statt eine Analyse vorzunehmen, kursieren in Medien etliche Aussagen von Medizinern und hochrangigen Politikern, die Russlands außenpolitische Handlungen als irrational abstempeln. Putin (als Person) hätte psychische Krankheiten, sei ein Narzisst mit long-covid und würde deshalb die Ukraine überfallen – so das Narrativ²¹. Damit beweisen dieselben

²⁰ Oakland Institute: The corporate takeover of ukrainian agriculture. Country fact sheet from December 2014: https://www.oaklandinstitute.org/sites/oaklandinstitute.org/files/Brief_CorporateTakeoverofUkraine_0.pdf

²¹ Beispiele für mentale/psychische Gesundheitserklärungen:

The Guardian: „Pentagon thinktank claims Putin has Asperger's – has Putinology gone too far?“ - vom 05. Februar 2015. Online: <https://www.theguardian.com/world/2015/feb/05/vladimir-putin-aspergers-syndrome-pentagon-studies>

HNA: Gerüchte um Putins Gesundheit: „Offensichtlich, dass etwas nicht stimmt“ - vom 07. März 2022. Online: <https://www.hna.de/welt/wladimir-putin-krank-geruechte-kreml-gesundheit-ukraine-krieg-russland-91378008.html>

Spiegel: „Ist Putin tatsächlich verrückt geworden?“ – vom 28. Februar 2022. Online: <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/news-ukraine-russland-krieg-wladimir-putin-bundeswehr-a-fb8dfc36-95e6-44b6-abfd-baeb62bc8dc9>

Blick.ch: „Hat Long Covid damit zu tun? Politiker behaupten: Putin ist «verrückt» geworden – vom 26. Februar 2022. Online: <https://www.blick.ch/ausland/hat-long-covid-damit-zu-tun-politiker-behaupten-putin-ist-verrueckt-geworden-id17272237.html>

Spiegel: „Britischer Verteidigungsminister bezeichnet Putin als »völlig irre«“ vom 23. Februar 2022. Online:

Portale mit ihren irreführenden „Faktenchecks“, dass sie selbst der sogenannten spekulativen und unbewiesenen „Fake-News“ auf den Leim gehen – ja die eigene Propagandamaschine sogar mächtiger und auf Hochtouren läuft, als wir es aus den eigenen „Faktenchecks“ beim russischen Staatssender RT je bewiesen bekommen haben. Die Personalisierung der Außenpolitik und Psychologisierung internationaler Beziehungen verschleiert also die dahinterliegenden Interessen des russischen Staates und soll von den vielleicht sogar berechtigten Interessen ablenken. Die veröffentlichte Meinung möchte Putin als Staatspräsident als irrational abtun und sich damit der journalistischen Pflicht entledigen, welche Motive die russische Außenpolitik treibt. Wer nicht fragt, bleibt dumm. Dabei müssen wir sowohl die russische Politik, als auch die NATO-Politik verstehen, wenn wir verstehen wollen, wie wir wieder Frieden schaffen können.

Doch der Gegensatz von „freien liberalen Demokratien“ und „autokratischen Regimen“ ist keine hilfreiche Erklärung für den Krieg. Wir sehen im Asyl von Edward Snowden in Russland und der Inhaftierung von WikiLeaks Mitbegründer Julian Assange, dass diese Unterscheidungen auch umgekehrt laufen können. Das Fundament der kapitalistischen „Demokratie“ ist eingebettet in Eigentums- und Machtstrukturen, wovon die unteren 99% wenig Mitbestimmungsrechte haben. Das »demokratische« Regime des Kapitalismus basiert auf einem »autokratischen« Regime von Kapitalisten. Es ist deshalb ebenso kein Geheimnis, dass „Demokratien“ ebenso Krieg führen wie „Autokratien“ – wie die Beispiele in Afghanistan, Syrien, Libyen, Jugoslawien eindrucksvoll beweisen.

Deshalb können Konflikte mit sog. „autoritäre“ Staaten nicht auf den vermeintlichen „Demokratiegrad“ eines Staates reduziert werden, sondern müssen umso umfänglicher auf Interessensgegensätzen analysiert werden. Der Versuch die Interessensgegensätze durch noch mehr Gewalt in Form von Sanktionen zu übertrumpfen, wird allzu oft mit der Hoffnung auf „schmerzhafte Belehrung“ legitimiert. Dabei handelt es sich nicht nur um die „Schwarze Pädagogik“ in Internationalen Beziehungen, sondern soll bewusst Armut, Unfreiheit und Elend erzeugen, welches wiederum in innenpolitische Proteste und Schwäche umschlagen soll. Es ist der Versuch weiterhin an einer Regime-Change-Politik festzuhalten. Warum selbst das nicht funktioniert und wie schädlich eine Annahme der Sanktionen im Instrumentenkasten

der Außenpolitik ist, wird zuletzt von Julia Eder weitreichend erklärt²². Weder auf dem Schlachtfeld, noch in den Sanktionen (als weiteres Kriegsschlachtfeld) kann Frieden vorbereitet, noch kann es hergestellt werden²³.

Den USA geht es auch um Nord Stream II

Die US-Interessen in diesem Konflikt werden anhand der Energiebeziehungen deutlich. Während Deutschland und Russland die Gaspipeline Nord Stream II vollendet haben, stellen die deutsch-russischen Energiebeziehung eine innerimperialistische Konkurrenz zur Energieversorgung durch Erdöl und Fracking-Gas aus den USA dar. Da die deutsche Industrie und auch die Bevölkerung akut vom russischen Erdgas abhängig ist, bedeutet ein Mangel des Erdgases auch eine Preissteigerung. Nicht nur das Fracking-Gas der USA, welches durch den Herstellungsprozess geschuldet noch umweltfeindlicher ist als das russische Erdgas, stellt eine Konkurrenz dar. Auch der akute Mangel führt zu gigantischen Profiten, wie zum Jahreswechsel 30 große Tanker zeigten. Im Einkaufspreis von 1,90 bis 3,80 US Dollar pro Mio. „British Thermal Units“ (MMBtu) in den USA eingekauft, lassen sich die Gase in der BRD für 27,20 US Dollar verkaufen²⁴. Die Gewinnmarge von 1300% zeigt: Es gibt auch Nutznießer dieses Konflikts. Eine Abhängigkeit der BRD vom russischen Erdgas wurde deshalb auch mit allen Mitteln zu verhindern versucht – auch unter Androhung von Sanktionen der USA an die BRD²⁵. Sogar die mafiöse Art einiger Senatoren dem deutschen Unternehmen auf Rügen „Fährhafen Sassnitz GmbH“ in einem persönlich verfassten Brief extra-territoriale Sanktionen anzudrohen war Mittel der US-Politik²⁶. Es wäre falsch zu denken, dass die USA ein großes Interesse an einer umfassenden Ökologisierung der Energiewirtschaft hätte – ebenso wäre es falsch dieses Interesse dem russischen Gaskonzern Gazprom anzudichten. Deshalb können energiepolitische Strategien nur darin bestehen vorallem in der BRD Formen nachhaltiger Energiegewinnung weiterzuentwickeln und auszubauen – in internationaler Kooperation, damit alle kostengünstig diese auch übernehmen

²² Julia Eder: Wir meinen es (nicht) gut! Wirtschaftssanktionen und ihre Folgen. Quelle: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-meinen-es-gut/>

²³ Berliner Zeitung: Es gibt keine Lösung auf dem Schlachtfeld. Quelle: <https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/es-gibt-keine-loesung-auf-dem-schlachtfeld-li.213240>

²⁴ Finanzen100: 1300 Prozent Gewinn Deutschlands Zoff mit Putin beschert US-Gasindustrie das Geschäft ihres Lebens. Quelle: https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/boerse/deutschlands-zoff-mit-putin-beschert-us-gasindustrie-das-geschaeft-ihres-lebens_H281019646_29267330/

²⁵ Deutschlandfunk. Gaspipeline „Nord Stream 2“ - US-Botschafter erhöht Druck auf deutsche Unternehmen. Quelle: <https://www.deutschlandfunk.de/gaspipeline-nord-stream-2-us-botschafter-erhoeht-druck-auf-100.html>

²⁶ FAZ. Amerikanische Senatoren drohen deutschem Ostseehafen. Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/klima-nachhaltigkeit/nord-stream-2-senatoren-aus-usa-drohen-deutschem-ostseehafen-16893693.html>

können. Denn sowohl die Menschen in den USA als auch in Russland benötigen dringend eine sozial-ökologische Wende, um bekannte Klima- und Naturschäden aufzuhalten.

Perspektiven

Aus der Geschichte ist zu entnehmen, dass die Ukraine im Staatsvertrag blockfrei war. Verhandlungen sind einzige Möglichkeit, zum Frieden zu kommen. Das Aufkeimen der NATO-konformen Friedensbewegung fordert „Solidarität mit der Ukraine“ und meint damit Aufrüstung und Ausbau der Vormachtsstellung der BRD in Europa. Dem gilt es eine Deeskalation nahezubringen.

Das bedeutet: Keine Sanktionen, keine Ausweitung der NATO-Politik, keine Waffenlieferungen, keine Bundeswehr-Aufrüstung, keine Stationierung amerikanischer Streitkräfte, sondern akute Verhandlungen die Waffen nieder zu tun und endlich Perspektiven für eine blockfreie Ukraine als Brückenstaat zwischen Ost & West zu etablieren, die nicht unter ökonomischer undn militärischer Abhängigkeit steht. Diese muss als entmilitarisierte Zone Hilfen von der Weltgemeinschaft erhalten, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und zivile Infrastruktur und Sozialprogramme massiv auszuweiten. Statt Rüstung, Waffen und Krieg müssen die zivilisatorischen Katastrophen (soziale Ungleichheit, Naturzerstörung, Geschlechtergerechtigkeit und Krieg) aufgehalten werden durch gigantische Investitionen. Nur so kann eine „Solidarität mit der Ukraine“ wirklich aussehen. Es gibt keine Notwendigkeit für eine militärische Intervention, im Gegenteil muss die Logik des Militarismus beendet werden, damit zivile, demokratische und diplomatische Strukturen und Initiativen, insbesondere in und mit der UN, entwickelt und gestärkt werden.